



Protokoll

Schulbeirat | Sitzung

**15. Dezember 2021**, 16:35 bis 18:40 Uhr

**öffentlich**

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Erika Schäfer

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 20

Abwesende Mitglieder: 5

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

**Der Vorsitzende** entschuldigt:

- **Frau Stadträtin Meier-Augenstein** (CDU), ohne Vertretung
- **Herrn Stadtrat Müller** (CDU), ohne Vertretung
- **Herrn Stadtrat Cramer** (KAL), ohne Vertretung
- **Herrn Stadtrat Schnell** (AfD),  
Vertretung: *Frau Stadträtin Fenrich*
- **Frau Blume** (Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der an der Berufserziehung von Schülerinnen und Schülern Mitbeteiligten),  
Vertretung: *Frau Stephan*
- **Frau Grumann** (Vertretung der Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen),  
Vertretung: *Herr Handwerker*
- **Frau Stärk** (Vertretung der Lehrkräfte der beruflichen Schulen), ohne Vertretung
- **Herrn Lehmann** (Vertretung der Eltern), ohne Vertretung

## **TOP 1      Vorstellung Arbeitskreis der Karlsruher Schülervertretungen (AKS)** - mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende** begrüßt **Herrn Höll** und **Frau Schlichting** aus dem Vorstand des Arbeitskreises der Karlsruher Schülervertretungen (AKS).

**Herr Höll** stellt den vor einem Jahr im Rahmen der Jugendkonferenz gegründeten Arbeitskreis der Karlsruher Schülervertretungen (AKS) des Stadt- und Landkreises Karlsruhe vor. Der AKS treffe sich monatlich und vertrete die schul- und schulartübergreifenden Interessen von Schülerinnen und Schülern und unterstütze entsprechende Projekte. Er organisiere auch Veranstaltungen wie beispielsweise einen „Runden Tisch“ mit Gemeinderäten und Schülerinnen und Schülern, der unlängst zum ersten Mal stattgefunden habe und ein für beide Seiten bereicherndes Event gewesen sei. Herr Höll wünscht sich, dieses Austauschformat mit reger Beteiligung und Vertretungen weiterer Fraktionen dauerhaft etablieren zu können.

Zu den Themen, die die Schülerschaft aktuell beschäftigen, gehöre beispielsweise „Mülltrennung an Schulen“, „Internetsicherheit“ und „Entwicklung von Konzepten für den Erhalt der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern“. Knapp zwei Jahre Pandemie hätten einen Teil der Schülerschaft spürbar belastet und Spuren hinterlassen.

**Herr Stadtrat Bauer** (GRÜNE) bestätigt, dass in den vergangenen beiden Jahren in Schulen viele soziale Aspekte zu kurz gekommen seien und begrüßt den Austausch zwischen Schülerschaft und Kommunalpolitik im Rahmen des vom AKS initiierten „Runden Tisches“.

**Frau Stadträtin Binder** (Die LINKE.) erkundigt sich, inwieweit hinsichtlich der Konzeptentwicklung zum Erhalt der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern Unterstützungsbedarf durch die Kommunalpolitik bestehe.

**Herr Höll** berichtet, dass Schülervertretungen verschiedener Schulen den Bedarf einiger Familien an konkreter Einzelfallunterstützung rückgemeldet hätten. An einigen Schulen hätten besonders engagierte Schülerinnen und Schüler konkrete Aktionen initiiert. Auch Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter hätten das aktuelle Geschehen aufgegriffen und auf diese Weise Sorgen und Ängste reduziert.

**Herr Stadtrat Hofmann** (CDU) war positiv überrascht von den konkreten Fragen der Schülerinnen und Schülern und der Interaktion beim „Runden Tisch“, die zu einer Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses beitragen habe.

**Ergebnis:**

**Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.**

**TOP 2      Antrag auf Änderung des Ganztagsbetriebs an der Weinbrennerschule (Grundschule) zum Schuljahr 2022/23**  
- Vorlage -

**Der Vorsitzende** begrüßt **Frau Schuck**, die Schulleiterin der Weinbrennerschule.

**Herr Frisch** (Schul- und Sportamt) erinnert an die bereits erfolgte Behandlung des Themas im Schulbeirat im Jahr 2018. Die Umwandlung von der Ganztagschule in Wahlform auf die verbindliche Form sei vom Gemeinderat am 17. Juni 2018 beschlossen worden. Beim Regierungspräsidium eingereicht worden sei der Antrag im Jahr 2018 aus den in der Vorlage dargelegten Gründen allerdings nicht. Zwischenzeitlich hätten mehrere konstruktive Gesprächsrunden auch unter Beteiligung verschiedener Stadträtinnen und Stadträte stattgefunden. Im Juli habe sich die Schulkonferenz einstimmig für die Umstellung von der Ganztagschule in Wahlform auf die verbindliche Form ausgesprochen.

**Frau Schuck** erklärt, dass über Jahre hinweg rund 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Weinbrennerschule am Ganztagsbetrieb teilnahmen. Nur etwa 10 Prozent entschieden sich für die Wahlform. Nachdem für das Außengelände eine Lösung gefunden worden sei und das Konzept entsprechen überarbeitet wurde, habe sich die Schulgemeinschaft nun für die Umstellung entschieden, um insbesondere auch die Rhythmisierung effektiver umsetzen zu können.



**Frau Stadträtin Rastätter** (GRÜNE) ist zufrieden mit den Entwicklungen und der für den Schulhof gefundenen Lösung. Sie freut sich, wenn das entwickelte Konzept, das ein Modell für weitere Schulen darstellen könne, zum Schuljahr 2022/23 umgesetzt werde.

**Herr Stadtrat Wenzel** (FW) möchte wissen, wieviel Prozent der Schülerschaft die Schule aufgrund der Umstellung verlassen werde.

**Frau Stadträtin Fenrich** (AfD) erkundigt sich, inwieweit durch den Weggang der Schülerinnen und Schüler Freundschaften gefährdet würden und wie die Eltern, die sich für die Wahlform entschieden haben, die Umstellung aufnehmen.

**Herr Stadtrat Hofmann, Frau Stadträtin Binder** und **Frau Stadträtin Uysal** (SPD) betrachten die Umstellung als Chance, die Qualität der Ganztagschule durch eine effektive Rhythmisierung zu verbessern. Der Wahlfreiheit der Eltern werde man durch alternative Angebote in zumutbarer Entfernung gerecht.

**Frau Stadträtin Binder** möchte wissen, ob der Bedarf an Schulsozialarbeit durch die Umstellung steige.

**Frau Schuck** rechnet damit, dass etwa 5 Prozent auf benachbarte Schulen wechseln werden. Sie erklärt, die Umstellung werde sukzessive vorgenommen, sodass die bereits jetzt an der Schule vorhandenen Schülerinnen ihre Grundschulzeit in der gewählten Ganztagsform beenden können. Die aktuelle Ausstattung mit Schulsozialarbeit betrachte sie als ausreichend.

**Herr Stadtrat Jooß** (FDP) ist nicht überzeugt von der verbindlichen Form, möchte sich aber auch nicht gegen den Wunsch der Schulgemeinschaft stellen und kündigt daher seine Enthaltung an.

#### **Beschluss:**

**Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat** (*mehrheitlich bei drei Enthaltungen*), **die Umstellung des Ganztagsbetriebs am Standort Weinbrennerschule (Grundschule) von der Wahlform auf die verbindliche Form ab dem Schuljahr 2022/23 zu beschließen.**

#### **TOP 3      Regionale Schulentwicklung: Änderung der Sprachenfolge am Gymnasium Neureut** - Vorlage -

**Der Vorsitzende** begrüßt **Frau Gröger-Kaiser**, die Schulleiterin des Gymnasiums Neureut.

**Frau Beer** (Schul- und Sportamt) informiert, dass das Gymnasium Neureut beabsichtige, die bisherige Sprachenfolge zu ändern. Schülerinnen und Schüler, die ab Klassenstufe 6 Englisch als erste Fremdsprache gewählt haben, sollen künftig bei der zweiten Fremdsprache die Wahl zwischen Französisch und Latein erhalten. Spanisch, das derzeit als spät beginnende Fremdsprache angeboten werde, könne zukünftig als dritte Fremdsprache gewählt werden. Für die Durchführung des Spanischunterrichts als spät beginnende

Fremdsprache und für die Vorbereitung auf die in Klasse 10 erforderliche Ergänzungsprüfung in Latein müssten aktuell Stunden aus dem AG-Bereich verwendet werden. Der Vorteil der Änderung der Sprachenfolge bestehe darin, dass die Stundenkontingente wieder dem AG-Bereich zugeführt werden können und die Gestaltungsmöglichkeiten dort auf diese Weise wieder erweitert würden. Außerdem entfalle durch die geänderte Sprachenfolge die Ergänzungsprüfung in Klasse 10 in Latein, weil für das Erreichen des Latinums die Note „ausreichend“ am Ende der Klasse 10 genüge. Schülerinnen und Schüler, die Spanisch als dritte Fremdsprache wählen, könnten mit Abschluss mindestens das Sprachniveau B1 und in Teilen sogar B2 erlangen.

#### **Beschluss:**

**Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Änderung der Sprachenfolge am Gymnasium Neureut ab dem Schuljahr 2022/23 zu beschließen.**

#### **TOP 4      IT-moderne Schule – 3. Zwischenbericht: Umsetzung 2020/21** - Vorlage -

**Der Vorsitzende** begrüßt **Herrn Karg**, den stellvertretenden Direktor des Landesmedienzentrums (LMZ), **Herrn Hoch** vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft und **Herrn Losert** vom Amt für Digitalisierung und Informationstechnik.

**Herr Karle** (Schul- und Sportamt) ergänzt den schriftlichen Bericht um aktuelle Zahlen. Inzwischen sei an 56 Schulen sowohl das pädagogische Netz als auch das Verwaltungsnetz vollumfänglich an Glasfaser angebunden. Vier Schulen würden gerade angeschlossen, und bei 11 Schulen erfolge die Anbindung spätestens im ersten Quartal 2022. Bei den verbleibenden 17 Schulen werde die Anbindung bis spätestens zum Ende des Projektzeitraums 2022/23 realisiert. Bis dahin seien diese Schulen mit der maximal verfügbaren Bandbreite durch Vodafone angebunden. Bei 80 Prozent der Schulen sei WLAN komplett flächendeckend auf dem gesamten Campus ausgebaut. Bei 20 Prozent gebe es WLAN zumindest in bestimmten Bereichen, sodass auch an diesen Schulen bereits mobiles digitales Lernen möglich sei. Die digitale Ausstattung von Unterrichtsräumen sei zu etwa 70 Prozent umgesetzt. Einen ganz großen Schritt sei man bei der Ausstattung mit Endgeräten vorangekommen. Durch Förderprogramme wie beispielsweise das Sofortausstattungsprogramm, das Lehrkräfteausstattungsprogramm und das des DigitalPakts sei eine Vielzahl von Endgeräten beschafft worden. Insgesamt gebe es derzeit an den Schulen rund 13.000 mobile Endgeräte und 1.500 befänden sich im Zulauf. Etwa 10.000 dieser Geräte würden vom Stadtmedienzentrum (SMZ) verwaltet. Begonnen habe der dortige Support mit zwei Mitarbeitenden. Mittlerweile umfasse die Supporteinheit bereits vier Mitarbeitende, die jedoch für einen umfänglichen Support jetzt schon nicht mehr ausreichen würden. Darum sei eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitenden des Technischen Supports für Karlsruher Schulen (TeSKA) des SMZ, Vertretungen der Schulen, des Amts für Hochbau und Gebäudewirtschaft, des Amts für Informationstechnik und Digitalisierung gebildet worden. Diese Arbeitsgruppe werde ein Konzept für den umfänglichen Support aller Karlsruher Schulen erarbeiten. Im Rahmen des DigitalPakts seien 45 Förderanträge mit einem Gesamtvolumen von etwa 3,5 Millionen Euro gestellt worden.

**Herr Karg**, der seit Oktober stellvertretender Direktor des LMZ ist, stellt sich vor und informiert, dass auch die Leitung des Stadtmedienzentrums Karlsruhe (SMZ) mit Herrn Hambsch



neu besetzt wurde. Karlsruhe stehe hinsichtlich der Medienentwicklungsplanung, des Abrufs und der Bewilligung der Fördergelder sehr gut da. Er freue sich auf die Zusammenarbeit, und SMZ und LMZ ständen bei Fragen und für Abstimmungen jederzeit unterstützend zur Verfügung.

**Frau Stadträtin Uysal** freut sich über die Fortschritte in allen fünf Handlungsfeldern. Besonders wichtig sei der Support. Daher möchte sie wissen, wann mit dem Konzept der Arbeitsgruppe und der anschließenden Umsetzung gerechnet werden könne.

**Herr Stadtrat Bauer** merkt an, dass bei dem Thema „IT-moderne Schule“ zwei Zeitvorstellungen und -wahrnehmungen kollidieren. Aus Sicht der Verwaltung schreite die Entwicklung rasant voran. Das damit verbundene Engagement aller Beteiligten wisse seine Fraktion sehr zu schätzen. Aus Sicht der Schulen, Lehrkräfte und Eltern schreite die Entwicklung jedoch nicht schnell genug voran. Er plädiert für eine effektivere Kommunikation. Er erwarte gespannt das Ergebnis der Arbeitsgruppe und dabei insbesondere die Kalkulation des Personalbedarfs für den Support. Für den Support der perspektivischen Vollaussstattung der Schülerinnen und Schüler mit Endgeräten werde eine Vielzahl von Vollzeitkräften und engagierten Mitarbeitenden erforderlich sein. Es könne sich nicht vorstellen, wie dies ohne die Schaffung neuer Stellen möglich sei. Daher sei es wichtig, den Gemeinderat in die Personalplanungen für den Support frühzeitig einzubinden.

**Frau Stadträtin Binder** möchte wissen, ob die Kommunen für die Aufgabe des dauerhaften Supports zusätzliche Mittel vom Land bekommen.

**Herr Karle** erläutert, die Zahl von der für den Support erforderlichen 28,5 Vollzeitkräften beruhe auf einer Umfrage des SMZ bei den Lehrkräften und Dienstleistern, die aktuell Support-Aufgaben wahrnehmen. Die Arbeitsgruppe werde sich unter anderem mit der Frage beschäftigen, welche Arbeiten zukünftig bei Dienstleistern angesiedelt werden und in welchem Umfang verbleibende Aufgaben beispielsweise bei der TesKA verortet werden. Belastbare Aussagen zum zeitlichen Beginn der Umsetzung des vollumfänglichen Supports aller Schulen seien aktuell noch nicht möglich. Die Arbeitsgruppe müsse allerdings zügig Ergebnisse erarbeiten, da Fördermittel für das Administratorenprogramm des Landes nur bis zum Ende des Jahres 2022 beantragt werden könnten. Momentan fänden Abstimmungsgespräche zwischen Städtetag, Kultusministerium und Bund über feste Zuwendungen für Kommunen ab dem Jahr 2024 statt. Eine Arbeitsgruppe auf Städtetagebene sei mit der Kalkulation der jährlichen Kosten, die durch die Digitalisierung der Schulen zukünftig anfallen werden, beauftragt. Zur Verteilung der zukünftigen Kosten würden weitere Abstimmungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen erforderlich sein.

**Herr Frisch** kann nachvollziehen, dass die Zahl der zukünftig benötigten Vollzeitkräfte für den Support zunächst schockiere. Andererseits würde für die derzeit an Schulen etablierte Ausstattung eine professionelle Support-Struktur erforderlich. Bestehende Fördermöglichkeiten würden selbstverständlich ausgeschöpft, und man werde sich auch für die Schaffung weiterer Fördermöglichkeiten einsetzen.

**Frau Stadträtin Fenrich** ist stolz auf die führende Position von Karlsruhe bei diesem Thema. Für Bildung angelegte Investitionen seien ein Schlüssel für eine gute Zukunft der Schülerinnen und Schüler und eine prosperierende Gesellschaft.

**Beschluss:**

**Der Schulbeirat nimmt den dritten Zwischenbericht zur Kenntnis. Die noch benötigten 11.644.287 Euro sind im Entwurf des DHH 2022/23 in den jeweiligen Haushalten eingeplant.**

**TOP 5      Evaluation Pilotprojekt „Ganztagsangebote für Schülerinnen und Schüler in Vorbereitungsklassen (VKL)“**  
- Vorlage -

**Der Vorsitzende** begrüßt **Frau Prof. Dr. Treibel-Illian**, Professorin für Soziologie am Institut für Transdisziplinäre Sozialwissenschaft der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und **Frau Cardoso**, die das Projekt wissenschaftlich begleitet hat.

**Frau Hopfengärtner** (Schul- und Sportamt) skizziert die wichtigsten Ergebnisse der Evaluation. Als Fazit sei festzuhalten, dass sich Sprach- und Sozialkompetenz der Kinder und ihre soziale Integration im Verlauf des Projekts deutlich verbessert hätten. Besonders förderlich hätten sich dabei die individuelle Unterstützung durch die FSJ-Kräfte, die strukturellen Voraussetzungen für die soziale Integration durch die Teilnahme am Ganztagsbetrieb, die förderlichen Lernarrangements im informellen Bereich und die breit angelegte Möglichkeit zum Beobachtungslernen ausgewirkt.

**Frau Prof. Dr. Treibel-Illian** erläutert, dass die Beobachtung der verschiedenen Etappen des Projekts unter den pandemiebedingten Gegebenheiten und der sich daraus ergebenden Diskontinuität schwierig sei. Auch wenn keine harten Integrationsfaktoren erhoben wurden und die Studie aufgrund der geringen Zahl der beobachteten Kinder (14) nicht repräsentativ sei, wären die weichen Faktoren sehr aufschlussreich. Im Rahmen der Möglichkeiten habe sich feststellen lassen, dass das informelle Setting des Ganztagsbetriebs für Schülerinnen und Schüler aus VKL-Klassen sehr förderlich sei. Über das von den Lehrkräften vermittelte Wissen hinaus konnten die Kinder im Rahmen des Ganztagsbetriebs auch von den FSJ-Kräften und den Gleichaltrigen lernen und hatten vielfältigere Möglichkeiten, Beziehungen zu knüpfen.

**Frau Cardoso** erläutert das Vorgehen bei der Evaluation, die unterschiedlichen Facetten des umfangreichen und vielschichtigen Beobachtungslernens im Rahmen des Ganztagsbetriebs und die unterstützende Auswirkung auf die benachteiligten Kinder. Neben dem individuellen Profit für jedes einzelne Kind, hätte das Projekt dadurch auch zur sozialen Gerechtigkeit beigetragen.

**Frau Stadträtin Großmann** (GRÜNE) sieht in diesem vielschichtigen und erfolgreichen Modell einen großen Mehrwert. Die hohen Anmeldezahlen ließen einen großen Bedarf erkennen.

Der förderliche Prozess werde durch die kontinuierliche und vertrauensstiftende Betreuung der FSJ-Kräfte zusätzlich unterstützt. Der weitere Ausbau des Projekts sei wünschenswert.

**Frau Stadträtin Binder** unterstützt die Möglichkeit für VKL-Kinder, am Ganztagsbetrieb teilzunehmen. Sie möchte wissen, ob geplant sei, die ursprünglich geplante Befragung der



Eltern nachzuholen und erkundigt sich, ob Sprachkompetenzen der FSJ-Kräfte den Umgang mit den Kindern erleichtert hätten.

**Herr Stadtrat Hofmann** und **Frau Stadträtin Moser** (SPD) hoffen, dass dieses gelungene Projekt weitergeführt werden kann.

**Frau Hopfengärtner** merkt an, die Durchführung der geplanten Treffen mit Eltern sei pandemiebedingt nach wie vor schwierig. In der Elternarbeit sehe man allerdings großes Potenzial. Im Rahmen der geplanten Ausweitung des Projekts werde die Thematik erneut aufgegriffen. Die Sprachkenntnisse der FSJ-Kräfte hätten die Arbeit möglicherweise stellenweise erleichtert, aber keinen tragenden Faktor dargestellt.

#### **Beschluss:**

**Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.**

### **TOP 6      Beschulung von neuzugewanderten Kindern und Jugendlichen in Karlsruhe: Vierte Fortschreibung 2021 - Vorlage -**

**Der Vorsitzende** begrüßt **Frau Uhlig**, die Leiterin des Büros für Integration.

**Frau Hopfengärtner** fasst die im ersten Teil des Berichts dargelegten statistischen Daten des Schuljahres 2020/21 zusammen und skizziert die im zweiten Teil beschriebene Situation sowie die Unterstützungsangebote im zweiten Corona-Schuljahr. Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in Vorbereitungsklassen an allgemeinbildenden Schulen sei gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Die meisten dieser Schülerinnen und Schüler kämen weiterhin aus Rumänien. Über 70 Prozent der Vorbereitungsklassen der weiterführenden Schulen befänden sich noch immer an Werkrealschulen. Das Schulangebot der Landeserstaufnahmestelle (LEA) in der Felsstraße sei im vergangenen Schuljahr starken Schwankungen unterlegen. Die dort beschulten Mädchen und Jungen kämen derzeit überwiegend aus Syrien und dem Irak. In den beruflichen Schulen beziehungsweise in den berufsvorbereitenden Bildungsgängen (VABO, VAB und AVdual) sei die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler weiterhin gesunken. Im VABO gebe es einen Rückgang von Schülerinnen und Schülern aus Ländern außerhalb der Europäischen Union. Deutlich gesunken sei auch der Anteil der weiblichen Schülerinnen in AVdual-Klassen. Da es sich jedoch insgesamt um eine zahlenmäßig kleine Gruppe handle, sei abzuwarten, ob sich dieser Trend fortsetze oder ob es sich dabei um einen statistischen Ausreißer handle. Zur Situation und den Unterstützungsangeboten im zweiten Corona-Schuljahr habe es eine Umfrage bei den in den Vorbereitungsklassen unterrichtenden Lehrkräften gegeben. Darüber hinaus wurden Rückmeldungen der Träger zu den städtisch geförderten Bildungsprojekten ausgewertet. Im Vergleich zum Vorjahr verbessert hätten sich demnach die digitale Ausstattung und die Zugänge dazu. Die Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit nicht deutschsprachigen Familien würden allerdings weiterhin bestehen. Viele Kinder und Familien wie auch die Gruppe der minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten konnten während der Zeit des Lockdowns nicht die benötigte Unterstützung bekommen. Dementsprechend habe sich auch die Zielsetzung des EU-REACT-Programms des Europäischen Sozialfonds auf die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern im Bereich der notwendigen digitalen Schlüsselkompetenzen (technische, soziale und Selbst-Kompetenzen) fokussiert.

Es habe sich aber auch gezeigt, dass es in vielen Bereichen bereits gute und gut eingespielte Unterstützungssysteme durch städtische fördernde Programme gebe.

**Frau Stadträtin Dr. Sardarabady** (GRÜNE) lobt den komplexen und differenzierten Bericht, der den aktuellen Stand, die Möglichkeiten, die Grenzen und den Handlungsbedarf in den verschiedenen Bereichen aufzeige. Er mache deutlich, dass die vulnerable Gruppe der neuzugewanderten Kinder und Jugendlichen besonders stark auf den persönlichen Kontakt angewiesen sei. Ganz deutlich zeige der Bericht auch die Bemühungen von Stadt und Land hinsichtlich eines breiten Spektrums von Unterstützungsangeboten auf. Zentral seien die zahlreichen unterrichtsergänzenden Angebote der verschiedenen Bildungsträger. Der Bericht zeige aber auch die Grenzen der Unterstützungsangebote. Das Nutzenkönnen der verbesserten Angebote hänge oft immer noch vom Zufall sowie von individuellen und strukturellen Ressourcen und Rahmenbedingungen ab. Der Bericht verdeutliche die Wichtigkeit interkultureller Elternarbeit sowie der Schulungen von Multiplikator\*innen, Elternmentor\*innen, Digitallots\*innen deutlich. Das gesamte Vorgehen müsse darauf abzielen, jungen Menschen eine elternunabhängige Bildungsbiografie zu ermöglichen. Ganztagsangebote leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Entkoppelung von Familie und Bildungserfolg der Kinder.

#### **Beschluss:**

**Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.**

### **TOP 7            Mitteilungen des Bürgermeisteramtes**

#### ➤ **GS am Wasserturm: Zwischenbericht Ergebnis AGs**

**Frau Scheuerer** erinnert an den in der Sitzung des Schulbeirats am 28. Juli 2021 erteilten Auftrag, drei Arbeitsgruppen zu den verschiedenen die Grundschule am Wasserturm betreffenden Themen einzurichten. Die drei Arbeitsgruppen hätten im Oktober 2021 in getrennten Sitzungen getagt und folgende Ergebnisse erarbeitet:

#### Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Umsetzung des Qualitätsrahmens Ganztagsschule“:

- Qualität einer Ganztagsschule ist unabdingbar mit den Themen Raumbedarf und Personal verbunden.
- Es soll versucht werden, darauf Einfluss zu nehmen, dass eine ausreichende Anzahl an Lehrkräften für den Ganztagsbetrieb zur Verfügung steht, um die Anforderungen des Qualitätsrahmens sinnvoll, zielgerichtet und im Sinne der Chancengleichheit für alle Kinder umsetzen zu können.

#### Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Personelle Situation im Rahmen der Umsetzung des pädagogischen Konzepts:

- Bislang war bedingt durch die festgelegte Personalbemessung in der Rahmenkonzeption der städtischen Rahmenkonzeption, die auf der Schülerzahl und nicht auf der Anzahl der Klassen beruht, nur sieben Stellen für Erziehungskräfte eingerichtet. Die Stadt wird eine achte Stelle für eine Erziehungskraft einrichten.
- Weitere Personalthemen wie Bemessung der Hausmeisterdienste, der Sekretariatskräfte und auch der Schulsozialarbeit werden in die Diskussionen im Rahmen des Projekts SKiBB einfließen.



- Das Schulteam und der Stadtjugendausschuss e. V. Karlsruhe. als Kooperationspartner für den Ganztagsbetrieb werden nochmals nach Lösungen unter den gegebenen personellen Bedingungen suchen.

#### Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Bauliche Situation an der Schule“:

- Die Differenz des aktuellen Raumbestands zum heute geltenden Musterraumprogramm für eine Ganztagsgrundschule wurde eruiert. Bei der Grundschule am Wasserturm bestehen insbesondere Fehlflächen von rund 160 m<sup>2</sup> für den Ganztagsbetrieb in Form von zwei Aufenthaltsräumen sowie eines Teamraums.
- Die Arbeitsgruppe hat einige Prüfaufträge formuliert. Dazu gehört die Prüfung der Möglichkeit:
  - der baulichen Erweiterung ebenerdig in Richtung City-Park,
  - der Aufstockung des Bestandsgebäudes,
  - der Verlängerung der Standzeit des benachbarten Containergebäudes im City-Park, das derzeit noch von der ausgelagerten Kita der Heimstiftung genutzt wird,
  - der Erweiterung dieser Container,
  - der dauerhaften Nutzung von definierten Flächen im City-Park,
  - der Schaffung von Rückzugsbereichen im Schulgebäude und im Schulhof sowie der Anmietungen im nahen Umfeld der Schule.

Das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft habe zwischenzeitlich bereits mitgeteilt, dass das Bestandsgebäude aus statischen Gründen nicht aufgestockt werden könne und dass das beengte Grundstück keine Erweiterungsmöglichkeiten im Erdgeschoss zulasse. Die Verlängerung der Standzeit des Kita-Containers im Park oder dessen Erweiterung für die Schule werde derzeit noch geprüft. Außerdem sei das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft auf der Suche nach anmietbaren Räumen im fußläufigen Umfeld der Schule. Die Bearbeitung sämtlicher Prüfaufträge aus dieser Arbeitsgruppe seien auf Ende 2021 terminiert. Die drei Arbeitsgruppen hätten sich auf ein gemeinsames Treffen Ende Januar 2022 verständigt. Dem Gremium werde anschließend erneut berichtet.

**Herr Stadtrat Hofmann** bittet um eine schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse.

**Frau Stadträtin Rastätter** begrüßt, dass für die akute Notlage im Personalbereich eine Lösung gefunden werden konnte.

#### ➤ **Sachstandsbericht zur Sporthallensituation (Sophie-Scholl-Realschule und Rheinstrandhalle)**

**Herr Frisch** bezieht sich auf die Sitzung des Gemeinderats am 23. November 2021. Nachdem die Sporthallensituation im Hinblick auf den Schulsport in dieser Sitzung intensiv diskutiert worden sei, möchte er ergänzend die Sicht der Verwaltung darstellen. Die Rheinstrandhalle stehe seit Ende November 2021 wieder für den Schulsport zur Verfügung. Die baulichen Maßnahmen seien allerdings noch nicht beendet, sodass es auch weiterhin zu Einschränkungen kommen werde. Das Schul- und Sportamt stehe mit der Schulleitung im Kontakt, um gemeinsam Lösungen für die Situation zu finden. Die Projektleitung des Amts für Hochbau und Gebäudewirtschaft habe der

Schulleitung bereits im Februar 2021 mitgeteilt, dass der Zeitplan für den Bauablauf sehr eng getaktet sei und dass es nicht sicher sei, dass er eingehalten werden könne. Die zuständige Mitarbeiterin des Schul- und Sportamts habe sich sehr intensiv bemüht, Ersatzlösungen zu finden.

**Frau Stadträtin Uysal** erläutert, die SPD habe sich mit ihrem Antrag erkundigen wollen inwieweit der bestehende Bedarf durch die zur Verfügung stehenden Kapazitäten abgedeckt werden könne. Ziel sei, dem Schulsport gerecht zu werden und den Bildungsplan vor Ort umsetzen zu können.

**Herr Stadtrat Hofmann** merkt an, die Kritik im Gemeinderat habe darauf abgezielt, die aktuellen Standards bei der Auftragsvergabe kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls ein Umdenken anzuregen und kreative Lösungen zu finden

**Herr Stadtrat Jooß** sieht die Herausforderung in der Umsetzung der Baumaßnahmen. Durch die derzeit wenig zuverlässige und schlecht kalkulierbare Marktlage im Baubereich seien Verzögerungen oft nicht vermeidbar.

Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Uysal** informiert **Frau Scheuerer**, dass derzeit alle Schulen den Pflicht-Sportunterricht in Sporthallen durchführen können.

➤ **Drais-Gemeinschaftsschule: (Schüler\*innenzahlen Gymnasiale Oberstufe)**

**Herr Frisch** teilt mit, dass aktuell 53 Schülerinnen und Schüler die Oberstufe der Drais-Gemeinschaftsschule (Drais-GMS) besuchen. Das Angebot werde hauptsächlich von Karlsruher Schülerinnen und Schülern angenommen. 56 Prozent kämen aus dem Stadtgebiet und neun Schülerinnen und Schüler aus Karlsbad, Malsch und Bruchsal. 72 Prozent der Schülerinnen und Schüler hätten bereits eine Gemeinschaftsschule besucht. Aus der Drais-GMS selbst kämen 29 Prozent, von der Ernst-Reuter-Schule 21 Prozent und von der Evangelischen Jakobusschule 16 Prozent der Schülerinnen und Schüler. Zwölf Prozent wechselten von einem Gymnasium und vier Schülerinnen und Schüler hätten vorher eine Realschule besucht. Den Fraktionen gehe diese Informationen auch schriftlich zu.

➤ **Schulsozialarbeit**

**Der Vorsitzende** informiert, dass über das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ für den Bereich Schulsozialarbeit zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt worden seien. Diese Fördermittel seien für Baden-Württemberg in eine Erhöhung der Landesförderung für bereits vorhandene Stellen der Schulsozialarbeit und in eine sogenannte Bundesförderung für neu geschaffene Stellen der Schulsozialarbeit ab dem 1. November 2021 unterteilt worden. Da die Stadt danach keine zusätzlichen Stellen geschaffen habe, nehme sie diese Fördergelder auch nicht in Anspruch. Im Haushaltsjahr 2021 seien an 7 Schulen bereits bestehende Schulsozialarbeitsstellen aufgestockt worden.



➤ **Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“**

**Herr Dr. Stein** (Staatliches Schulamt Karlsruhe) teilt mit, das Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“ habe vor sechs Wochen begonnen. Im Stadtkreis Karlsruhe seien bisher 75 Prozent der Schulen aktiv beteiligt. Auch wenn das Programm einen hohen Verwaltungsaufwand für die Schulleitungen bedeute, sei er zuversichtlich, dass auch weitere Schulen sukzessive in das Programm einsteigen werden.

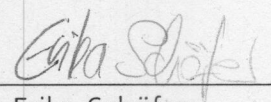
Um 18:40 Uhr beendet **der Vorsitzende** die Sitzung.

Karlsruhe, 14. Januar 2022

Gesehen und genehmigt:

  
Martin Lenz  
Bürgermeister

  
17.01.22

  
Erika Schäfer  
Schriftführerin